



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/143

23. Juni 1951

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59

Fernschreiber 039 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

De Gaulle meldet Ansprüche an	S. 1
Die Stellung der Labour-Opposition	S. 3
Verfassungsgericht	S. 4
Kommuniqué der SPD-Vorstandstagung	S. 6

## Kurze Galgenfrist

(sp) Der General de Gaulle hat zum ersten Angriff auf die angesichts der Stimmenentwicklung in Frankreich recht gekünstelt wirkende Zuversicht der Mittelparteien und auf ihre keineswegs gefestigte Position angesetzt. Er hat, wenige Tage nach der Wahl, seinen Anspruch angemeldet, an die Macht zu kommen. Man kann sagen, daß sei der selbstverständliche Zweck seines Kampfes gewesen und die Tatsache, daß er auf sich die meisten Stimmen vereinigen konnte, rechtfertige diesen Anspruch. Sein Vorstoß hat aber sehr schnell die Auffassung weitester Kreise innerhalb und vor allem außerhalb Frankreichs widerlegt, daß durch die Wahlen vom 17. Juni die Mitte als Regierungsgruppe auch nur einigermaßen dauerhaft bestätigt worden sei.

Die Sprache de Gaulles war als vordirektorale Äußerung typisch und weckte manche peinliche Erinnerung an die Zeit in Deutschland vor rund 20 Jahren und etwas später. Die Mitte hat sich gerade über Wasser gehalten. Ihr gelang das aber nur mit Mitteln (vor allem einem absurd ungerechten Wahlsystem), die de Gaulle gerade auch nach seinem Erfolge neue Parolen recht wirksamer Art in die Hand geben und die geeignet sind, die politische Atmosphäre weiter zu vergiften.

Was hat de Gaulle als wesentlichste Punkte herausgehoben, soweit Deutschland in Frage kommt? Zunächst hat er eine freie

Diskussion mit Bonn über alle schwebenden Fragen gefordert. Das klingt sehr vernünftig, aber klangen nicht vor Jahrzehnten so einleuchtende Parolen auch in umgekehrter Richtung aus Deutschland nach Frankreich hinüber? Konkreter werdend hat er auch schon hinzugefügt, mit dem wirtschaftlichen Anschluß der Saar an Frankreich müsse sich Bonn als mit einer historischen Tatsache einverstanden erklären. Weiter hat er gesagt: einen militärischen Beitrag halte er für die oberste Pflicht Westdeutschlands, eine Bemerkung mit der er besonders deutlich machte, wie stark er in Zukunft auf die amerikanische Karte setzen will. Das ist in Erinnerung an das frühere gespannte Verhältnis zwischen Washington und ihm, was auch über die Zeit Roosevelts hinaus noch bestand, nicht ohne Reiz. Für die allgemeine europäische Situation war schließlich seine Andeutung besonders aufschlußreich, daß man bei der Bildung einer europäischen Gemeinschaft notfalls auf England verzichten müsse, wenn es eben nicht anders gehe.

Alle Bestandteile und Begleiterscheinungen der Entwicklung, die auf die Person des französischen Generals zuläuft, sind äußerst bedenklich, auch wenn man den Magnetismus, den dieser Mann auf große Teile der französischen Bevölkerung auszuüben scheint, nicht überschätzen darf und ihn nicht in direkten Vergleich zu der Figur im nationalsozialistischen Deutschland setzen sollte, zu der de Gaulle für viele eine Parallelerscheinung zu sein scheint. Die Gefährlichkeit der Entwicklungstendenzen in Frankreich ergibt sich auf den ersten Blick. Es scheint nur eine kurze Galgenfrist zu werden, die den Mittelparteien gegeben ist.

+ + +

Meinungskampf in der Labour-Party

Von unserem B.C.-Korrespondenten

London, den 23. Juni 1951

Es ist die traditionelle Stärke der britischen Arbeiterbewegung, daß ihre Politik sich im freien, gelegentlich gar heftigen Austausch der Meinungen ungehindert bilden kann, ohne daß diese Diskussionen zu Bruch, Abfall und Spaltung führen, wie es bei den "monolithischen" Parteien links und rechts der Fall sein würde, wollte dort eine Minderheit es wagen, das Diktum Churchills oder die von Moskau vorgeschriebene Linie in Frage zu stellen. Nur ein einziges Mal in der Geschichte der Labour-Party ging man von diesem demokratischen Prinzip ab, als die Minderheit des damaligen Premiers Ramsay MacDonald 1931 der Partei ihren Willen aufzwingen wollte - Labour brauchte vierzehn lange Jahre, um sich von der darauffolgenden Spaltung und Wahlniederlage zu erholen.

Als Mitte April drei Labour-Minister (Aneurin Bevan, Harold Wilson und John Freeman) wegen Meinungsverschiedenheiten mit ihren Kabinettskollegen über die Frage der Prioritäten des Rüstungsprogrammes zurücktraten, schlugen die Wagen der Konservativen und kommunistischen Wunschträume hoch - frohlockend prophezeichte die Rechtspresse die bevorstehende Spaltung der Labour-Phalanx, den Fall der Regierung, ein "neues 1931"; und die Kommunisten nebst ihren "Mitreisenden" bemühten sich mit aller Kraft, "Nye" Bevan, den sie noch soeben als den gefährlichsten aller "Sozialfaschisten" beschimpft hatten, für sich in Anspruch zu nehmen. Beide Seiten sind von der Entwicklung bitter enttäuscht worden. Bevan und die sich ihm anschließende Gruppe nehmen zwar das Recht des Abgeordneten wahr, sachliche Kritik zu üben und ihren Standpunkt in Fraktion und Partei zu vertreten, doch denken sie nicht daran, die Partei zu spalten oder gar mit ihren Stimmen im Unterhaus das Spiel Churchills zu spielen. Es war deshalb geradezu ein symbolischer Vorgang, als bei der Gedenk-Kundgebung für den Gründer der Partei Keir Hardie (sozusagen den Bebel Labour) in dessen altem Wahlkreis Cumnock in Schottland die beiden Hauptredner Bevan und Strachey waren - Bevan, der scharfe Kritiker der heutigen Form des Wiederaufrüstungs-

programms (nicht etwa des Programms schlechthin) und Kriegsminister Strachey, der Mann, der für das vorliegende Programm mit seinen Prioritäten mitverantwortlich zeichnet.

Wenn auch die Meinungsverschiedenheiten über den relativen Vorrang von Sozialleistung und Wehrhaftigkeit, von Lebensstandard und Sicherheit des britischen Volkes nicht zur Spaltung der Arbeiterpartei geführt haben oder führen werden, so sind diese Dissonanzen dennoch ernst genug und erheischen Auflösung im verfassungsmäßigen Rahmen der Partei. Diese Lösung muß bald kommen, möglichst schon vor dem im Oktober stattfindenden Parteitag, denn dieser hat die Aufgabe, das Programm-Manifest zu erlassen, mit dem die nächste, schicksalsentscheidende Wahl gefochten werden muß.

Es ist anzunehmen, daß noch diesen Sommer, während der Parlamentsferien, eine nichtöffentliche Parteikonferenz einberufen wird, an der der erweiterte Parteivorstand, die Unterhausfraktion, die Labour-Lords, sowie Gewerkschafts- und Genossenschaftsdelegierte teilnehmen werden, um den Konflikt zu bereinigen und den so erreichten Kompromiß in das im Herbst vom Parteitag zu billigende Wahlmanifest hineinzuarbeiten.

Die Anhänger beider Richtungen in den Ortsvereinen unterstützen ihre jeweiligen Kämpen "bis aufs Messer" - vorausgesetzt, daß dieses Messer nicht gegen die Genossen anderer Meinung gerichtet ist, wie es ein alter Aktiver in Nottingham ausdrückte.

+ + +

#### Das Verfassungsgericht und sein Präsident

Dr. Sch. Von den zwölf "Wahlmännern" des Bundestags werden in Kürze zwölf Richter, unter ihnen der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, und vom Bundesrat zwölf weitere Richter, darunter der Vizepräsident, gewählt. Der Wahlausschuß des Bundesrates hat sich bereits aus den Justizministern der Länder konstituiert. Es ist also damit zu rechnen, daß das Bundesverfassungsgericht bereits Anfang August in den Räumen des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe die von allen gesetzgebenden und administrativen Instanzen der Bundesrepublik dringend erwartete Sprachtätigkeit aufnimmt.

Eine starke Minderheit des Bundestages hätte aus naheliegenden Gründen Berlin als Sitz vorgezogen, und die bereits beschlossene Schaffung eines "Bundesaufsichtsamts für das Versicherungswesen" in Berlin hätte dem nicht entgegenzustehen brauchen. An und für sich gehört ein Verfassungsgericht an den Sitz der politischen Zentrale. Bonn aber ist weder in den Augen der Bundestagsabgeordneten, noch der Ländervertreter des Bundesrates, noch auch nach Auffassung der breiten Öffentlichkeit die künftige Hauptstadt, an die man eine so wichtige Instanz wie das Bundesverfassungsgericht endgültig binden sollte.

Von entscheidender Bedeutung wird die Wahl des Präsidenten durch den Bundestag sein. Nur eine Persönlichkeit mit überragenden Kenntnissen auf dem Gebiet des Verfassungs- und Staatsrechts und mit Sinn für die Lebensfragen der Demokratie wird die Staatsaufgaben der vom Bundestag und Bundesrat gewünschten "Dritten Gewalt" mit ihren geschichtsgestaltenden Entscheidungen zu meistern verstehen. Der Präsident muß auch innerlich mit dem staatsrechtlichen Gefüge der Bundesrepublik, der Entstehungsgeschichte ihres Grundgesetzes und dem ethischen Gehalt der demokratischen Staatsidee verwachsen sein, die moralischen Lehren aus dem Rechts-Chaos des "Dritten Reiches" gezogen und die Überzeugung gewonnen haben, daß ein politischer und wirtschaftlicher Wiederaufbau Deutschlands nur mit einer erbarmungslosen Bekämpfung nazistischer und kommunistischer Störenfriede möglich ist. Er muß aus der Vergangenheit gelernt haben, daß der Weimarer Staat an seiner falschen "Toleranz" zugrunde ging und daß jeder Wiederaufbau vergeblich ist, wenn die deutschen Richter nicht die ersten Anfänge eines neuen Nazismus oder anderer ihm entsprechender Erscheinungen auszurotten verstehen.

Ich erinnere mich sehr wohl, daß noch am Vorabend des 11. August 1932, als der Papen-Putsch bereits den verfassungsmäßigen, preussischen Justizminister weggefegt hatte, ein langer Zug von Mitgliedern des Preussischen Richtervereins, feiertäglich gekleidet, hinter den grauen Windjacken des Reichsbanners im Schein der Fackeln vom Funkturm zum Platz der Republik vor den Reichstag mitmarschierte. Es war die Elite eines Standes, dessen Mitglieder in der Mehrzahl freilich damals schon zum mindesten in ihrem Inneren zum Übertritt auf "die andere Seite" bereit waren. Die Gefahr ist heute nicht weniger groß. Ihr mit Entschiedenheit zu begegnen, im Geiste unbedingter Verfassungstreue, wird die wichtigste Aufgabe des kommenden Bundesverfassungsgerichts-Präsidenten sein.

Kommuniqué über die  
Vorstandssitzung der SPD in Bonn

Zum ersten Mal trat am 22. Juni der Vorstand der SPD in dem neuen Haus in der Friedrich Ebert-Allee 170 in Bonn zu einer Ordentlichen Tagung zusammen.

Der Vorsitzende Dr. Kurt Schumacher gab einleitend einen Überblick über die politische Lage. Insbesondere befaßte er sich mit dem Wahlergebnis zur Französischen Nationalversammlung. Er warnte vor einer Überschätzung der Möglichkeiten der Mittelparteien bei den kommenden Verhandlungen über die Regierungsbildung. Besonders bemerkenswert sei die Halbierung des MRP, sowie überall in West-Europa die Parteien der christlich-demokratischen Sammlung aus der Nachkriegszeit im Niedergang begriffen seien. Die amerikanische Politik werde damit vor die entscheidende Frage gestellt, ob sie die Konsequenzen aus ihrem Irrtum zu ziehen bereit sei, ihre Europa-Politik so einseitig wie bisher auf diese Basis gestellt zu haben.

Zu einer entsprechenden Erklärung des amerikanischen Hohen Kommissars während seines Aufenthaltes in den USA stellte Dr. Schumacher fest, daß die Besprechungen der Militär-Sachverständigen lediglich über gewisse technische Möglichkeiten und Voraussetzungen geführt worden seien und daß es abwegig und irreführend sei, ihnen den Charakter von echten Vertragsverhandlungen zu geben.

Sehr breiten Raum nahm in der Vorstandssitzung das Jugendproblem ein. An diesem Teil der Beratungen nahmen je drei Vertreter der Jungsozialisten und der Falkenbewegung teil, deren Sprecher sich ausführlich zu allen sie interessierenden Fragen, vor allem soweit sie das Verhältnis zwischen Partei und Jugend betreffen, äußerten. Es wurde beschlossen, auf Einladung der Falken drei Vorstandsmitglieder zu ständigen Vertretern der Partei in die Verbandsleitung der Falken zu entsenden, und zwar Wenzel Jaksch, Carlo Schmid und Erwin Schöttle. In dieser Verbandsleitung wird außerdem Egon Franke in seiner Eigenschaft als Organisations-Sekretär der Partei ständig mitarbeiten.

Über die Tätigkeit der Bundestags-Fraktion im Zeitraum zwischen

den beiden letzten Vorstandssitzungen berichtete Wilhelm Mellies.

Erich Ollenbauer gab eine Darstellung der letzten wichtigen Vorgänge aus der Internationale der sozialistischen Parteien. Er schlug vor, die offizielle Delegation der deutschen Sozialdemokratie für die bevorstehende Frankfurter Tagung durch die Gast-Delegierten Franz Neumann-Berlin (MdB), und die Bundestags-Abgeordneten Fritz Erler, Dr. Lützens und Ernst Paul zu ergänzen. Dem Vorschlag wurde entsprochen.

Der Vorstand beschloß weiter, einer Einladung der Schweizer Partei der Arbeit zu ihrem Parteitag am 7. und 8. Juli in Zürich Folge zu leisten und als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie Fritz Heine und Erwin Schöttle dorthin zu senden.

Der Abgeordnete Wehner berichtete ausführlich über Vorbereitungen zu den kommunistischen Weltjugend-Festspielen und die damit verbundene politische Infiltrierungsabsicht und -taktik. Für diese Aktion würden hunderte von Millionen DM ausgegeben. Seit Monaten sei außerdem das intensive Bemühen sowjetischer Stellen zu bemerken, mit allen Mitteln auf dem Wege über den Sport in West-Deutschland Propaganda zu treiben, eine Entwicklung, die man mit äußerstem Mißtrauen beobachten müsse. Er habe nicht den Eindruck, daß die inzwischen verordnete Genehmigungspflicht für die Teilnahme an internationalen Sport-Veranstaltungen voll wirksam geworden sei.

Hertha Gotthelf teilte mit, daß die für die Tage vom 19. bis 22. Oktober vorgesehene Frauenkonferenz sich vor allem mit der Frage der Rechtsstellung der Frau befassen werde. In den Frauen-Ausschuß wurde beim Parteivorstand für den ausscheidenden Willi Wolf Franz Osterroth-Kiel gewählt.

Die nächste gemeinsame Sitzung des Partei-Vorstandes und des Partei-Ausschusses wird in Bonn am 7. September 14 Uhr beginnen.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau